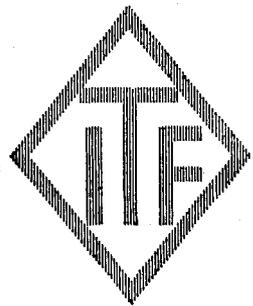


FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN: VONDELSTRAAT 61, AMSTERDAM, WEST.



No. 1
5. Jahrgang

Amsterdam, den 9. Januar 1937.

Glasmoor.

Strafarbeitslager für
"Unverbesserliche".

(ITF) Die Nationalsozialisten hatten geglaubt, durch Konzentrationslager und Zuchthaus den Widerstand der deutschen Arbeiter brechen zu

können. Doch sie spüren immer deutlicher, die Grenzen des Terrors, sie machen immer häufiger die Erfahrung, dass Arbeiter, die durch die Hölle der Konzentrationslager und Prügelkeller gegangen sind, auf den Stempelstellen und in den Betrieben zu erkennen geben, dass sie trotz allem die Alten geblieben sind. Die Geheime Staatspolizei hat deshalb angeordnet, im ganzen Reich "Straf-Arbeitslager" für ehemalige politische Häftlinge, die auf Grund von Spitzelberichten und Denunziationen für "unverbesserlich" gehalten werden, einzurichten.

Eines der grösseren dieser Lager liegt 15 km im Norden Hamburgs in Glasmoor. Im Glasmoore-Lager befinden sich zur Zeit ca. 400 "unverbesserliche" Hamburger Arbeiter, von etwa 60 Prügelgardisten der berüchtigten "Totenkopf-Formation" der SS (Schutz-Staffel) bewacht. Die "Unverbesserlichen" müssen 5 Tage in der Woche unter Aufsicht der SS im Moor arbeiten. Die reine Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. Die "Unverbesserlichen" erhalten für die schwere Arbeit im Moor keinen Pfennig Lohn, die einzige "Vergütung" besteht im Gefangenenuartier und in der Verpflegung. Es wird keine Arbeitskleidung gestellt, die "Unverbesserlichen" erhalten nur billige Schaffstiefel, die -- was bei dem in Deutschland herrschenden Leder-mangel erklärlich ist -- nicht wasserdicht sind. Die SS, die mit Gewehr bei Fuss die Arbeiten beaufsichtigt, zwingt die "Unverbesserlichen", bei fast jedem Wetter, auch bei Landregen, zu arbeiten. Frau und Kindern, die ebenfalls für die politische Gesinnung des Mannes bestraft werden sollen, wird vom Wohlfahrtsamt nur die gleiche Wohlfahrtsunterstützung gezahlt, die Witwen und Halbwaisen zusteht.

Am Sonnabend mittag um 1 Uhr werden die Arbeiter in Autos in das Zentrum von Hamburg transportiert und können von dort aus nach Hause gehen. Am Sonntag morgen um 10 Uhr müssen sie wieder im Lager sein, die Autos der SS erwarten sie am frühen Morgen wieder im Zentrum der Stadt. Auf diese Regelung, die den "Unverbesserlichen"

den freien Sonntag und -- da viele Arbeiter in entfernten Vororten wohnen -- die Nachtruhe nimmt, ist die SS stolz!

Für besonders gefährlich erscheinende "Rückfällige" genügten der Nazi-Diktatur derartige Straflager nicht, sie werden in Umschulungslager geschickt und dort zu "Siedlern" ausgebildet. Ihnen wurde mitgeteilt, dass sie an der Südost-Grenze Deutschlands "siedeln" müssten. In ihren Heimort dürften sie auf keinen Fall wieder zurückkehren. Als "Siedler" -- geplant scheinen "Heuerlingsstellen" zu sein, Landarbeiterstellen, bei denen ein Teil des Lohnes im Nutzniessungsrecht eines Stück Bodens besteht -- sind sie leichter zu überwachen und die Armee wird sie jederzeit, wenn Hitler seine Zeit für gekommen hält und das Aufmarschgelände an der tschechoslowakischen Grenze geräumt werden soll, von ihrer Stelle verjagen.

Hitlers "Friedenswillen". (ITF) Der Innenminister des Dritten Reiches hat angeordnet, dass Beamtenanwärter, die erst nach dem Regierungsantritt des Friedensphrasenliebenden Reichskanzlers Hitler aus der "Deutschen Friedensgesellschaft" austraten, nicht mehr angestellt werden dürfen. Beamte, die die "Deutsche Friedensgesellschaft" erst nach dem 30. Januar 1933 verliessen, dürfen nicht mehr befördert werden (Frankfurter Zeitung, Nr. 644/45 vom 17. Dezember 1936).

Ein gutes Ölherz. (ITF) Sir Henry Deterding, der zum 1. Januar mit Rücksicht auf sein Alter als Präsident des Ölkonzerns Shell zurücktrat, ist ein fanatischer Gegner der Sowjetunion, die mit einem Federstrich die grossen Erdölfelder des Shell-Konzerns verstaatlicht hat. Sir Henry hat daher weissgardistische Interventionen in der Sowjetunion finanzieren helfen und später auf Anregung der Bolschewistenfresser unter den deutschen Nationalsozialisten der Parteikasse Hitlers erhebliche Beiträge gezahlt. Die Freundschaft zwischen Hitler und dem Ölmagnaten war in den ersten Monaten der Hitlerdiktatur vorübergehend getrübt, als das Dritte Reich -- trotz Kommunistenverfolgungen -- mit einer Aussöhnung mit der Sowjetunion kokettierte, um einen Druck auf England auszuüben. Der Überbringer der Schecks und der Wünsche Sir Henrys, ein gewisser Dr. Bell, hat damals diese Spannungen mit seinem Leben bezahlen müssen. Aber inzwischen ist die Shell-Gruppe reichlich an der Treibstoff-Lieferung für die motorisierte Armee und die Autobahnen beteiligt worden -- die Spenden während der "Kampfzeit" tragen Zinsen -- und in Reden gegen Moskau lässt sich Herr Hitler von niemandem übertreffen. Sir Henry, der jetzt als Siebzigjähriger mit seiner jungen deutschen Frau in Berlin wohnt, sah mit Besorgnis, dass die Devisenschwierigkeiten das Tempo der Aufrüstung des Dritten Reiches und damit den Fortschritt der treibstoffheischenden Motorisierung gefährden. Und da in England, in Frankreich und in den Vereinigten Staaten endlich begriffen wurde, dass jeder Kredit an Rohstoffen oder Devisen von den Wahwitzigen in Berlin nur zur Verstärkung der Rüstung und zum Brandstiften in Spanien und anderswo benutzt würde, aus diesen Ländern also keine Hilfe zu erwarten ist, hielt sich Sir Henry für verpflichtet zu helfen. Er lässt in den Niederlanden Lebensmittel aufkaufen und stellt sie dem Dritten Reich gegen Reichsmark zur Verfügung. Den Reichsmark-Erlös überweist Sir Henry dem deutschen Winterhilfswerk. Der Ölmagnat, der sich für diese "Tat der Menschlichkeit" gefühlvoll selbst feierte, ist ganz sicher, dass seine Spende der deutschen Aufrüstung doppelt zugute kommt. Die durch seine Transaktion an der Lebensmitteleinfuhr ersparten Devisen können restlos zur Einführung von Rüstungsrohstoffen verwandt werden; es sei denn, dass ein Teil dieser Lebensmittel direkt weiter nach Spanien verschifft wird als Kriegsration für die Armee der Meuterer, denen die Nazi-Diktatur seit geraumer Zeit regelmässig dem eigenen Volk vorenthaltene Lebensmittel schickt. Der Reichsmarkerlös der Deterding-Spende kann überdies noch zur Finanzierung der Aufrüstung verwandt werden. Das Winterhilfswerk kann dem militärischen Arbeitsdienst noch mehr Uniformen und Ausrüstungsgegenstände liefern, als in den vergangenen Jahren. Sir Henry liebt Kanonen, er hilft Hitler, neue Kanonen giesen zu lassen und neues Kanonenfutter zu drillen. Und wenn die Spende von 10 Millionen Gulden auch nicht gross ist, Sir Henry hat ein böses Beispiel gegeben und wartet darauf, dass andere ihm folgen.

Aber andere Millionäre ziehen nicht nach Berlin und brauchen sich deshalb nicht von den Devisenbestimmungen Dr. Schachts freikaufen wie Sir Henry, der diese Loskaufsumme als Almosen für das ausgeplünderte deutsche Volk bezeichnet.

≠, eine Blamage für das Dritte Bettelreich,

Das Paradies der Bonzen.

=====

80 294 Arbeiter; in den "Geschäftsstellen der Reichsautobahn" sassen damals 4 260 Mitglieder nationalsozialistischer Organisationen, auf 19 Arbeiter kam ein Bürosessel. Bis Oktober 1936 war die Zahl der Arbeiter auf 96 623 gestiegen. Der Personalstand der Geschäftsstellen der Autobahnen aber stieg (wie die Kölnische Zeitung am 1. Januar berichtet) auf 7 894. Jetzt kommt bereits auf 12 Arbeiter ein Bürosessel.

(ITF) Anfang Januar 1935 arbeiteten beim Bau der deutschen Autostrassen

"Arbeitervertreter".

=====

erhalten, der, wie es zum Führerprinzip gehört, nichts zu sagen hat, sondern nur den von der Diktatur ernannten "Reichshandwerksführer" beraten darf, wenn dieser ihn darum ersucht. In den Beirat wurden je 5 "Vertreter" der Meister und der Gesellen berufen. Als Meistervertreter wurden 5 ehemalige Handwerksmeister ernannt, zu "Gesellenvertretern" 5 der von der Diktatur ernannten Sekretäre der Deutschen Arbeitsfront, von denen überdies noch 2 früher Handwerksmeister waren ("Angriff" Nr. 296 vom 17. Dezember 1936).

(ITF) Die Spitzenorganisation des deutschen Handwerks hat einen "Beirat"

Bauarbeiter-Urlaub auf dem Papier. (ITF) Am 1. September 1936 wurde in Deutschland nach dem Vorbild der von den freien Bauarbeitergewerkschaften Hollands und Österreichs durchgesetzten Massnahmen ein Urlaubsmarken-System für Bauarbeiter eingeführt. Da keine Gewerkschaft die Durchführung dieser Anordnung überwacht, steht sie weitgehend auf dem Papier. "Die Erfahrung der letzten Wochen hat gezeigt, dass wohl die Industriebetriebe die Urlaubsmarken-Anordnung durchgeführt haben, dagegen eine Anzahl kleiner Handwerksbetriebe sich überhaupt nicht um die neue Regelung kümmerten". ("Angriff", Tageszeitung der Arbeitsfront, Nr. 290 vom 10. Dez.)

In den Grossbetrieben liessen sich die durchweg für Befestigungsbauten arbeitenden Bauunternehmer die Urlaubsmarken vom Staat bezahlen. In Kleinbetrieben sollte die Arbeitsfront das Kleben der Urlaubsmarken überwachen. Die lächerliche gelbe Arbeitsfront aber hat es nicht einmal fertiggebracht, den Bauarbeitern einen Abdruck der Urlaubs-Tarifordnung zu übergeben. Trotzdem wurde die Kontrolle über die Durchführung dieser Anweisung wiederum -- der Arbeitsfront übertragen.

Ersatzschund "made in Germany".

=====

als minderwertig bezeichnen. Dann soll man ihnen eine Rolle davon so lange um die Ohren schlagen, bis sie einsehen, dass das deutsche Erzeugnis mindestens genau so gut ihre edle Rübe beschädigen kann wie die ausländische Baumwolle" ("Arbeitertum", Halbmonatsschrift der Deutschen Arbeitsfront vom 1. Dez. 36).

(ITF) "Es wird immer Miesmacher geben, die den deutschen Zellstoff

Im "Ruhrarbeiter", dem Organ der Deutschen Arbeitsfront des westdeutschen Industriebezirks aber beschwert sich eine Frau: "Ich habe vor einiger Zeit ein Kleid zum Preise von 36 RM gekauft. Auf ausdrückliches Befragen wurde mir versichert, dass der Stoff keiner besonderen Behandlung bedürfe (also kein Ersatzschund sei! Red.) Als sich beim erstmaligen (!) Tragen erhebliche Mängel des Stoffes zeigten, stellte ich das Kleid dem Verkäufer zur Verfügung. Der Verkäufer sandte das Kleid an die Lieferfirma ein. Dort wurde es so aufgearbeitet, dass zunächst (!) keine Mängel mehr zu entdecken waren. Der Verkäufer bot mir als Entschädigung einen Gutschein an, den ich ablehnte, indem ich auf Rückgängigmachung des Kaufvertrags bestand. Auf Veranlassung eines Rechtsanwalts holte der Verkäufer das Gutachten einer Seidenweberei ein. Dieses lautet dahin, die Seide sei an sich (!) gut, müsse aber nach jedem (!) Tragen aufgedämpft werden. Muss ich das Vergleichsgebot annehmen?"

Die Redaktion des "Ruhrarbeiters" empfiehlt der Beschwerdeführerin, da "das Kleid nach jedesmaligem (!) Tragen aufgedämpft werden muss und sich schon während eines kurzfristigen (!) Tragens verzieht" eine Klage gegen den Verkäufer. Der wirkliche Schuldige an dieser Ersatzwirtschaft aber ist die nationalsozialistische Diktatur. ("Der Ruhrarbeiter", vierte Novemberausgabe, Nr. 47).

Terror trifft Terroristen.

=====

benen "Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen" berichten: die liparischen Inseln, auf die von der italienischen faschistischen Diktatur jahrelang Sozialdemokraten, Kommunisten und Anarchisten verbannt wurden, wurden von den Gefangenen geräumt. "Des Rätsels Lösung:

(ITF) Die von der Sozialistischen Arbeiterinternationale herausgege-

die liparischen Inseln sind für oppositionelle Faschisten bestimmt worden, die ihrerseits zur administrativen Verschickung verurteilt wurden, die sie selbst einzuführen geholfen hatten" (16. Dezember 1936).

Katholischer Faschismus --

in Österreich "grauenvolle
Wirklichkeit".

(ITF) Die reaktionäre katholische Presse aller Länder lobt unaufhörlich die katholische Diktatur in Österreich, die die sozialen Prinzipien der päpstlichen Sendschreiben verwirkliche. In Österreich aber haben nach 2 Jahren ungehemmter katholischer Diktatur selbst die katholischen Arbeiterorganisationen vom katholischen Faschismus genug. Ihr Organ, die "Österreichische Arbeiterzeitung", die legal in Wien erscheint, klagt bitter: "Wir sind auch im neuen Österreich noch weit vom sozialen Frieden entfernt, vielleicht sind wir ihm seit Mai 1934 (seit der Verkündigung der auf den päpstlichen Sendschreiben fussen-den ständischen Verfassung! Red.) noch gar nicht näher gekommen.... Die Wirklichkeit, die grauenvolle Wirklichkeit: dass einige Tage vor dem Heiligen Abend Arbeiter auf die Strasse gestellt werden, um den Urlaub für das nächste Jahr zu sparen; dass tausende Jugendliche mit Bangen das kommende Jahr erwarten, weil sie von der Vernichtung ihrer heutigen bescheidenen Lebensmöglichkeiten bedroht sind; dass sich Heimarbeiter gerade um die Weihnachtszeit, um ihren Angehörigen eine bescheidene Freude zu bereiten, die Hände wundarbeiten, weil der Unternehmer an der Heimarbeit mehr verdient als an einem regulären Werkstättenbetrieb; dass die Arbeiterschaft insgesamt in den Weihnachtsfeiertagen von der Luft leben muss, weil sie für die Feiertage nichts bezahlt bekommt; dass die Rationalisierung in jedem Bundesland viele Hunderte arbeitslos macht; dass die Gewerbeinspektoren die Arbeit nicht bewältigen können, weil die Flut der sozialen Vergehen von Jahr zu Jahr höher steigt; dass verschiedene Organisationsverhältnisse des neuen Österreich den gewünschten Vorwand liefern, um vertraglichen Abmachungen zu entgehen; dass auf die grosse Masse der Arbeiter und Ange-stellten jeden Tag ungezählte Nadelstiche in tausenderlei Formen nieder-gehen, die ihr den Frieden vergällen. Das sind die düsteren Schat-ten unserer Tage... Wie vergeht einem die Lust, mit schönen Worten eine schönere Wirklichkeit vorzutäuschen (!), derweil man doch weiss, w i e es um die Wirklichkeit bestellt ist" (Österreichische Arbeiterzeitung, Nr. 52 vom 26.XII.1936).

Katholischer Faschismus drückt

die Löhne.

(ITF) Einer Zusammenstellung der Bundesleitung der illegalen freien Gewerkschaften Österreichs entnehmen wir: Die katholische Sozialreaktion brachte den österreichischen Eisenbahnern seit Beginn des "autoritären Kurses" seit 1933

- 1.) Abschaffung der Personalvertretung; da mit der Personalvertretung der Eisenbahner alle wichtigen dienstrechtlichen Fragen vereinbart werden mussten, so z. B. die Regelung des Stellenplanes, die Postenverleihung, die Festlegung der Dienstitel, Fahrt- und Frachtbegünstigungen, usw., ist durch die Abschaffung der Personalvertretung das Recht der Vereinbarung in allen diesen Fragen durch die unumschränkte Willkür der Verwaltung ersetzt worden.
- 2.) Kürzung aller Nebengebühren;
- 3.) Kürzung der anrechenbaren Zulage der Lokomotivführer, Zugsbegleiter und Verschieber um 67%;
- 4.) Kürzung der Vorrückungs- und Beförderungsbeträge im ersten Jahr nach der Vorrückung um 50%;
- 5.) Die Festanstellung für sogenannte manuelle Bedienstete ist ausser Kraft getreten;
- 6.) Beispiellose Ausnützung der Bediensteten, infolge dessen ununterbrochene Verletzung des Achtstundentagsgesetzes;
- 7.) Aufhebung der Unkündbarkeit;
- 8.) Abschaffung des Stellenplanes und damit Abschaffung des Rechtes der Bediensteten auf Verwendung auf dem ihm verliehenen Posten;
- 9.) Verschlechterung der Beförderungsvorschriften;
- 10.) Ständige, noch immer fortdauernde Herabnummerierung vieler Dienstposten, wodurch die Beförderung fast ausnahmslos aufgehört hat;

- 11.) Kürzung der Erholungsurlaube für sogenannte manuelle Bedienstete;
- 12.) Kürzung des Urlaubsausmasses für die übrigen Bediensteten;
- 13.) Pensionsberechtigung erst im 60. Lebensjahr;
- 14.) Erhöhung der Pensionsbeiträge um mehr als das Doppelte bei gleichzeitiger Herabsetzung der Pensionsbemessung für die ersten 10 Dienstjahre von 50 auf 40%;
- 15.) Herabsetzung der Pensionsbemessungsgrundlage von 90 auf 78%;
- 16.) Abschaffung der eineinhalbfachen Dienstzeitberechnung für Lokomotivführer, Zugsbegleiter und Verschieber;
- 17.) Kürzung der Witwenpensionen;
- 18.) Verlängerung der Ende 1933 abgelaufenen Kürzungen;
- 19.) Verschlechterung der Reisegebühren;
- 20.) Abschaffung des gewählten Krankenkassenvorstandes und der gewählten Krankenkassenvertreter, infolge dessen Behandlung der Kranken nach rein fiskalischen Gesichtspunkten;
- 21.) Einschränkung des Kreises der Krankenkassenangehörigen;
- 22.) Aufhebung garantierter Lohnsätze für Verstärkungsarbeiter;
- 23.) Entzug der Uniform für einen Grossteil der Bediensteten und Erhöhung der Tragdauer der zugewiesenen Uniformen;
- 24.) Steigerung der von den Beamten zu leistenden Beiträge für die Uniform bis zu 280%;
- 25.) Kürzung, in den meisten Fällen Beseitigung der Unfallrenten;
- 26.) Insgesamt nach offiziellen Berechnungen der Generaldirektion ein Rückgang des durchschnittlichen Monatseinkommens eines Eisenbahners um 60 S.

Dieselbe Bilanz könnten wir bei den Wiener Strassenbahnern ziehen. Wir wollen nur einige der wichtigsten Punkte erwähnen:

- 1.) Kürzung der Nebengebühren um 8%;
- 2.) Verschlechterung aller Turnusse und praktische Ausserkraftsetzung des Achtstundentages;
- 3.) Verschlechterung aller Ruhezeiten;
- 4.) Verschlechterung der Bestimmungen über das Unifortragen;
- 5.) Einstellung von Stundenlöhnern in die Hauptwerkstätte der Strassenbahn, die, mit 1 S Stundenlohn bezahlt, jederzeit wieder ausser Dienst gestellt werden können;
- 6.) Verschlechterung der Pensionsbestimmungen;
- 7.) Abschaffung der Selbstverwaltung in der Krankenkasse, anstatt Zweidrittel-Mehrheit der Angestelltenvertreter in der Krankenkasse nur mehr die Hälfte ernannte Angestelltenvertreter; verschiedenartige Verschlechterungen in der Praxis der Krankenkasse, so z. B. Einführung einer Rezeptgebühr;

Diese Liste von Verschlechterungen bei der Strassenbahn liesse sich noch beliebig verlängern. Bei den Gemeindearbeitern in der Provinz wurde das definitive Dienstverhältnis so gut wie abgeschafft. Zumeist werden Stundenlöhner verwendet, ebenso wie bei den privaten Strassenbahnern in der Provinz. Bei den Gemeindearbeitern in der Provinz wurden nicht nur die Löhne auf ein menschenunwürdiges Mass gesenkt, es wurden alle dienstrechtlichen Sicherungen abgeschafft.

In den Privatbetrieben sieht es nicht anders aus. Mit der völligen Entrechtung der Arbeiter ging Hand in Hand die Verschlechterung aller Kollektivverträge, aller arbeits- und dienstrechtlichen Bestimmungen der Kollektivverträge und vor allem die Zerstörung der lohnrechtlichen Bestimmungen der Kollektivverträge, die seinerzeit von den Freien Gewerkschaften abgeschlossen und auch in den Krisenjahren im ganzen intakt erhalten wurden.

Der grosse Vereinigungsvertrag der Handels- und Transportarbeiter ist völlig zertrümmert. Hier gibt es jetzt überhaupt keine kollektivvertragliche Regelung. Der Kollektivvertrag für die grösseren Handelsbetriebe besteht in verschlechterter Form. Die durch den jetzigen Kollektivvertrag vorgeschriebenen Löhne werden, obwohl sie sehr niedrig sind, noch unterboten. Es gibt Handelsarbeiterlöhne von 20 S in der Woche.

Die Taxi-Chauffeure gehören zu den verelendeten Schichten, die es jetzt gibt. Infolge des ungünstigen Geschäftsganges im Lohnfuhrwerks-gewerbe werden bei unbeschränkter Arbeitszeit Wochenlöhne von 20 bis 25 S bezahlt. Die Einheitsgewerkschaft hat sich als unfähig erwiesen, eine Sanierungsmassnahme für die Taxichauffeure durchzusetzen. Nicht einmal der höchst problematische Taxiturnus ist bisher durchgeführt worden. In den meisten Betrieben der Metallindustrie sind betriebsweise Lohnsenkungen vorgenommen worden. Der Lohnkampf der Autoarbeiter

von Fiat und Saurer wurde von der faschistischen "Einheitsgewerkschaft" verraten und damit zur Erfolglosigkeit verurteilt. In der Hüttenindustrie gibt es noch immer vertragslosen Zustand.

Die E.G. war nicht einmal imstande, die seit Jahren von der Freien Gewerkschaft der Graphiker erfolgreich abgewehrte Kurzarbeit unter Verkürzung des Lohnes, d. h. den Übergang vom Wochen- zum Stundenlohn abzuwehren. Die Vertragserneuerung im Juni 1936 hat die 44-stündige Kurzarbeit im graphischen Gewerbe gebracht. Sie bedeutet, dass einem grossen Teil der Arbeiter nun anstelle der 48-stündigen Lohnwoche nur 44 Stunden bezahlt werden. Ausserdem wurde noch eine ganze Reihe von Vertragsbestimmungen wesentlich verschlechtert.

Die Kollektivverträge, die von den Freien Gewerkschaften der Lebensmittelarbeiter abgeschlossen worden sind, sind in einer Reihe von Betrieben nicht aufgehoben worden, weil sie nirgends, auch nicht mehr in den Grossbetrieben, eingehalten werden. So wird selbst in Grossbetrieben der gesetzliche Achtsturentag nicht eingehalten. In den Kleinbetrieben gibt es überhaupt kein Arbeitsrecht mehr. Vielfach werden nur Tages- und Stundenarbeiter beschäftigt, die Anmeldung bei der Krankenkasse wird nicht durchgeführt, Nacharbeit ohne Mehrvergütung und Überstunden ohne Zuschlag werden in unzähligen Fällen geleistet. In der Provinz gibt es Müller, Bäcker und Fleischhauer, die bei 12- bis 14-stündiger Arbeitszeit im Tag 5 S Wochenlohn haben. In der Mühlindustrie wurde die Sonntagsruhe für 3 1/2 Monate im Jahr aufgehoben. Die Reklamationsfrist für Überstunden wurde auf 4 Wochen herabgesetzt. Der Grazer Mühlenerarbeitervertrag wurde völlig zerstört.

Bei den Fleischarbeitern sind Lohnkürzungen bis zu 16% vorgenommen worden. Der Kollektivvertrag für das Verkaufspersonal wurde abgeschafft. Die Arbeitsbedingungen für neu aufgenommene Arbeiter wurden verschlechtert, Kurzarbeit wurde eingeführt, die Weihnachtsremuneration wurde gekürzt, das Aussetzen von Arbeitern eingeführt. In der Grossmarkthalle und in den Schlachthäusern wurden bei den Ausbeinlern Lohnkürzungen durchgeführt. Bei der Wiener Fleischbänke-A.G., an der die Gemeinde Wien beteiligt ist, wurden die Löhne um 15 bis 18% gekürzt. Die Löhne im Wiener Schlachthof St. Marx wurden um 10% gekürzt. In Graz wurden die Löhne herabgesetzt und das Wäschegehalt um 50% gekürzt. Nach einem monatelangen zähen Kampf, den die Freie Gewerkschaft gegen die Auflösung der Arbeitsgenossenschaften in St. Marx und auf dem Grossviehmarkt führte, verfügte die Gemeinde Wien diktatorisch die Auflösung der Arbeitsgenossenschaften, was für mehrere Dutzend Arbeiter Arbeitslosigkeit und für die übrigen Lohnkürzungen bedeutete.

Bei den Zuckerbäckern wurde durch eine Verschiebung der Lohnkategorien eine 20%ige Lohnkürzung eingeführt, die Feiertagsbezahlung und der dreiwöchige Urlaub gestrichen, ebenso der Krankengeldzuschuss. Die Lehrzeit wurde von 3 auf 4 Jahre verlängert, die Lehrlingsentschädigung um 33% gekürzt. Auch bei den Bäckern wurden mehrere Vertragsverschlechterungen durchgeführt, das Entgelt verschlechtert, der Krankengeldzuschuss von 12 auf 3 Wochen reduziert, die Weihnachtsremuneration auf die Hälfte gekürzt, der Beginn der Nacharbeit vorverlegt. Bei den Bäckern wurden überdies zwei Lohnkürzungen, eine von 4% und eine von 3,8% durchgeführt. Bei den Tabakarbeitern wurde Kurzarbeit bis zu 21 Stunden in der Woche eingeführt, Zwangsurlaube vorgesehen, die Wirtschaftsprämien und das Tabakdeputat gekürzt. In der Fabrik Stein wurden die Löhne um 12% gekürzt und die Leistungen ausserordentlich gesteigert. Das Urlaubsgeld wird nur mehr in Raten ausgezahlt. Die Tabakfabriken gehören dem staatlichen Monopol. -- In den Brauereien wurden die Kollektivverträge durchwegs verschlechtert, die Vertragslöhne wurden um 5% gekürzt, die wirklichen Verdiensteinbussen sind bedeutend grösser.

In der chemischen Industrie sind am ärgsten die Papierarbeiter in Mitleidenschaft gezogen worden. In geradezu verbrecherischer Weise hat die E.G. an der Errichtung des Papierkartells und damit an der Vernichtung der Existenz von tausenden Papierarbeitern mitgewirkt. 4 000 bis 5 000 Papierarbeiter wurden durch die von der E.G. unterstützte Preispolitik des Kartells dauernder Arbeitslosigkeit preisgegeben. Das ist etwa ein Drittel der gesamten Papierarbeiterschaft Österreichs. Während die Unternehmer die Inlandspreise für Papier um 60 bis 80% erhöhten, ist der Kollektivvertrag verschlechtert worden. Sonntags- und Überstundenbezahlung wurde gekürzt, zum Teil ganz gestrichen. Qualitäts- und Leistungsprämien sind zum Teil gestrichen, zum Teil ganz abgeschafft worden. Diese Verschlechterungen bedeuten in vielen Betrieben Lohnkürzungen um 25 bis 35%. In vielen Betrieben wurden die Arbeiter durch die Entlassung -- der dann die Neuaufnahme folgte -- um ihr Urlaubsrecht gebracht.

In der Gummiindustrie wurden wesentliche Verschlechterungen der

Verdienste durchgeführt Technische und maschinelle Einrichtungen hat man dazu benutzt, um die Akkordsätze kräftig herabzudrücken. In der Glasindustrie des Waldviertels sind die Akkordsätze um 30 bis 40%, in manchen Fällen noch stärker gekürzt worden. Der vertragsmässige Anspruch auf freie Wohnung und Hausbrandkohle wurde vom Unternehmer kurzerhand gestrichen. Die Firma macht was sie will, ohne die Arbeiter zu fragen. Anfangs 1936 haben die Arbeiter die freien Werkswohnungen und etwa die Hälfte der Hausbrandkohle zurückerhalten. Die Lohnverschlechterungen blieben aber.

In den Glasfabriken Floridsdorf und Mossbrunn hat die E.G. im Juni 1934 eine 6%ige Lohnkürzung vereinbart. In der steirischen Glasindustrie sind ebenfalls Verschlechterungen vorgenommen worden. Hier gehen die Unternehmer vor allem auf die Mindestverdienste los.

Unmittelbar nach der Zertrümmerung der Freien Gewerkschaft wurde der Lohn der Zurichter bei den Kürschnern um 6% gekürzt. Jetzt hat die E.G. einer neuerlichen Kürzung um 5 bis 29% zugestimmt. Trotzdem ist der Vertrag von den Unternehmern noch nicht unterschrieben, obwohl die Verhandlungen schon ein halbes Jahr dauern. Bei den Kappenmachern wurden bei einzelnen Lohngruppen Kürzungen bis zu 42% durchgeführt. Bei den Miedermacherinnen wurde durch Einführung einer zweiten Lohnklasse, Erhöhung der Lehrzeit und Verlängerung der Vorrückungsfristen das Einkommen bis zu 44% gekürzt. In Graz wurde ein Vertrag für die Konfektionsarbeiter mit Lohnkürzungen von 52% abgeschlossen. Im Damenschneiderkollektivvertrag hat die E.G. eine Bestimmung angenommen, nach der die Selbständigkeit einer Arbeiterin nicht nach der Beschäftigungsdauer, sondern willkürlich vom Unternehmer bestimmt wird.

Die Hutfabrik Ita in Amstetten, die 500 Arbeiter beschäftigt, zahlt ihren Arbeitern Löhne, die 33% unter dem Kollektivvertrag sind. Die E.G. war gegen die Zustände machtlos, obwohl selbst die Unternehmer eingriffen und der E.G. mit der Kündigung des gesamten Vertrages drohten, falls sie nicht durchsetzen könne, dass Ita den Vertrag einhalte. Schliesslich griffen einige Minister ein und setzten durch, dass Ita nicht 33%, sondern 20% unter dem Kollektivvertrag bezahle. - In der Ebreichsdorfer Hutfabrik wurden die Löhne zuerst um 6 und dann noch einmal um 4% gekürzt. In zwei Hutfabriken, Bossy und Böhm, Wien, VII, wurden Arbeiterinnen ausgesperrt, weil sie den Lohnkürzungsforderungen der Unternehmer Widerstand entgegensetzten. Die E.G. betrog die Ausgesperrten um die Gemassregelten-Unterstützung. - Bei den Strohhutappreturen wollte die E.G. einer Lohnkürzung um 35% zustimmen, was aber von den Arbeitern in einer Versammlung abgelehnt wurde.

Bei den Friseuren, die ebenfalls zu dieser Industriegruppe gehören, hat die E.G. einen Vertrag abgeschlossen, der die Löhne bis zu 33% kürzt. Dabei haben die Meister Mindestpreise festgesetzt.

Der Bauarbeiter-Kollektivvertrag gehörte zu den ersten Verträgen, die durch Notverordnung demoliert wurden. Aber seit der Lohnsenkung im Jahre 1933 ist, wie die folgende Zusammenstellung zeigt, der Verdienst der Bauarbeiter noch weiter zurückgegangen: ein Wiener Maurer erhielt 1932 einen Stundenlohn von 1,60 S. 1933, nach Aufhebung des Kollektivvertrags durch die Regierung, nur noch 1,49 S. 1936 wurden nur noch 1,37 S gezahlt. Von den für 1936 ausgewiesenen Stundenlöhnen müssen noch 3 Groschen vom Arbeiter per Arbeitsstunde für die Urlaubskommission entrichtet werden, während früher der gesamte Beitrag an die Urlaubskommission vom Unternehmer entrichtet wurde. Selbst der verschlechterte Kollektivvertrag wird von den Unternehmern nicht eingehalten.

Die Löhne der Malergehilfen sanken von 1,62 (1933) auf 1,42 S pro Stunde. Das Einkommen der früher schon sehr schlecht bezahlten Ziegelarbeiter ist um 17% zurückgegangen. Die Löhne der Tischlergehilfen sanken von 1,40 S (1932) auf 0,97-1,36 S, die der Wagner und Karosseriearbeiter von 1,40 - 1,60 S (1932) auf 1,20 - 1,40 S.

Der Verdienst der Angestellten ist furchtbar zurückgegangen. Nach der Statistik der Angestelltenversicherungsanstalt, die von der wirklichen Gehaltsentwicklung nur ein unvollkommenes Bild gibt, hat der Rückgang der Gehälter auch im Jahre 1935 angehalten. Der Monatsdurchschnitt ist nach den Berechnungen der Angestelltenversicherungsanstalt von S 256.-- im Jahre 1934 auf S. 254.-- im Jahre 1935 gesunken. 1929 betrug er noch 285 S.

Besonders hart traf die Zerstörung der Gewerkschaften die Frauen. In der Textilindustrie gehen Frauen mit Wochenlöhnen von 12 und 15 S nach Hause. In dem Kollektivvertrag, den die E.G. im Jahre 1935 für die Arbeitsverhältnisse der fabrikmässigen Textilbetriebe abgeschlossen hat, heisst es zwar, dass Frauen, die die Arbeit von Männern verrichten, den Lohn der Männer erhalten sollen, aber im angeschlossenen Tarifvertrag werden die Löhne der Frauen, die an eben so viel Webstüh-

len arbeiten und die gleiche Arbeit verrichten wie die Männer, viel niedriger angesetzt.

Im Schneidergewerbe führt namentlich in der Provinz die Angst der Frauen, die erforderliche Gehilfenzeit nicht aufzubringen, dazu, dass sich Gehilfinnen mit Monatslöhnen von 10 bis 20 S zufrieden geben.

Die Löhne der Arbeiterinnen der Molkereibetriebe wurden um 7% gekürzt. Die Stundenlöhne der Arbeiterinnen in Strumpffabriken wurden auf 40, in Glasfabriken auf 30 Groschen herabgesetzt. In der Starkstromindustrie wurden unmittelbar nach dem Februar 1934 als die Widerstandskraft der Arbeiter am geringsten war, Frauen an die Arbeitsplätze von Mechanikern zum halben Stundenlohn der Männer gestellt. Dabei wird die Arbeit immer anstrengender.

Arbeiter im "Ständestaat".

(ITF) Im Österreich der christlichen Diktatur gibt es keine von den Einwohnern gewählte Gemeindevertretungen mehr. An ihre Stelle traten "Gemeindetage", deren Mitglieder von den Beamten der christlichen Diktatur ernannt wurden. Wie die Arbeiterschaft in diesen "Gemeindetagen" des "christlichen Ständestaats" vertreten ist, ist jetzt durch eine offiziöse Erhebung für das Bundesland Steiermark festgestellt worden.

In der Steiermark wohnen 470 000 Erwerbstätige in 1026 Gemeinden. Für 776 Gemeindetage mit 8131 Mitgliedern liegen jetzt offizielle Angaben über die Zusammensetzung der Gemeindetage vor. In der Steiermark sind 33,9% der Berufstätigen Arbeiter, 7% Angestellte. Die Angestellten sind angeblich mit 7,4% der Gemeindegatsmitglieder "vertreten", die Arbeiter mit 8,5%. Eine Nachprüfung ergab aber, dass "Arbeitermandate" unter andern besetzt wurden von: 72 Direktoren und Hofräten, 99 Oberlehrern und Schulräten, 49 Pfarrern, 38 Betriebsleitern und Gutsverwaltern, 22 Grossbauern, 29 Kleinbauern, 3 selbständigen Gewerbetreibenden; für 61 "Arbeitervvertreter" wurde vor-sichtshalber überhaupt kein Beruf angegeben. In "ständischer" Gerechtigkeit wurden den Arbeitern, die 33,9% der Erwerbstätigen stellen, ganze 7,3% der Mandate eingeräumt, den Angestellten, die einen Anspruch auf 7% der Sätze hätten, 3,8%. In 229 "Gemeindetagen" gibt es überhaupt keinen "Arbeitervvertreter"!

"So weit der Fall Steiermark. In andern Bundesländern liegen die Verhältnisse nicht anders", erklärt die legal in Wien erscheinende "Österreichische Arbeiterzeitung" resigniert (19. Dez. 1936).

So wird dem Arbeiter im Ständestaat sein "Recht".

Die Kirche der Reichen.

(ITF) Welche Folgen die katholisch verbrämte Diktatur der österreichischen Sozialreaktion für die katholische Kirche hat, schildert im Organ der katholischen Arbeitervereine Österreichs ein "von angesehenen fachmännischer Seite" der Katholischen Aktion geschriebener Artikel: "Wenn die katholische Aktion nicht auf sozialem Gebiet gerade dem schwächeren Teil, dem Arbeiter, hilft, zu seinem Rechte zu kommen... würden die Massen des leidenden Volkes sich noch (!) mehr von einer Kirche lossagen, die nicht mehr die Kirche der Armen wäre" (Österreichische Arbeiterzeitung, Nr. 46 vom 16. November).

DIE TRANSPORTARBEITER UNTER DEM FASCHISMUS.

Drei Jahre illegale Gewerkschaft (ITF) Die der Internationalen Transportarbeiter-Föderation angeschlossene freie Gewerkschaft der österreichischen Eisenbahner, Verkehrs- und Transportarbeiter veröffentlicht den

folgenden Bericht über ihre Arbeit:

Die Eisenbahner gehören zu den österreichischen Freigewerkschaftern, die nach dem Verbot der freien Gewerkschaften durch die christliche Diktatur sofort die Arbeit wieder aufgenommen haben. Obwohl der Verkehrsstreik im Februar 1934 nicht geglückt war, haben doch hunderte und zwar gerade die gesinnungstreuesten Eisenbahner, den Versuch, den Streik durchzuführen, mit Massregelung, mit fristloser Entlassung, bezahlt. Hier galt es zu helfen. So hat die freigewerkschaftliche Organisationsarbeit mit der Feststellung, welche Kollegen gemassregelt worden waren und welche der Unterstützung bedurften, begonnen. Zugleich mit denen, die den Streik versucht hatten, war der grösste Teil der ehemaligen freigewerkschaftlichen Vertrauensmänner gemassregelt worden: sie wurden alle vorzeitig pensioniert, wenn nicht entlassen, sodass mit einem Schlage alle freigewerkschaftlichen Stützpunkte in den Betrieben der Bundesbahnen verloren waren. Trotzdem ist es gelungen, rasch eine erste Übersicht über die Opfer aufzustellen und Ende März 1934 wurden bereits die ersten Unterstützungen aus Geldern ausbezahlt, die die Internationale Transportarbeiter-Föderation aus den geretteten Eisenbahnergeldern zur Verfügung gestellt hatte. Ende April wurden bereits definitive Unterstützungen ausbezahlt. Es ist bis heute möglich gewesen, die Opfer der freigewerkschaftlichen Arbeit bei den Bundesbahnen zu unterstützen.

Die nächste Organisationsarbeit musste dem Betrieb selbst zugewendet werden. Im Frühjahr 1934 wurden überall Verbindungen hergestellt, im Sommer konnten bereits überall Besprechungen in den Ländern abgehalten werden und im Herbst 1934 fand eine aus ganz Österreich beschickte Konferenz statt, auf der bereits eine Leitung der Organisation gewählt wurde. So gelang es, in wenigen Monaten die nur für kurze Zeit unterbrochene freigewerkschaftliche Arbeit bei den Bundesbahnen wieder aufzunehmen.

Die Verbindung wurde vor allem auch durch die Zeitung hergestellt. Im Juni 1934 erschien bereits die erste Nummer einer freigewerkschaftlichen Eisenbahnerzeitung. Nach der Vereinigung der Eisenbahner mit den Transportarbeitern erschien im August 1934 die erste gemeinsame Zeitung "Das Signal", die dann als "Prellbock" fortgesetzt wurde. Aufgabe der Zeitung war es -- und bleibt es -- nicht zu weit hergeholten Fragen der Weltpolitik Stellung zu nehmen, sondern den Eisenbahnern und Transportarbeitern möglichst viel aus den Betrieben zu berichten und in ihnen dadurch das Gefühl der Stärke und des Selbstvertrauens zu wecken, dass sie durch die möglichst zahlreichen Betriebsnachrichten erkennen, dass es überall freigewerkschaftliche Gruppen und Zellen gibt,

Denn die erste und wichtigste Aufgabe, die sich die Organisation stellte und die auch weiter besteht, ist: die Eisenbahner darüber aufzuklären, wie das gegenwärtige Regime gegen sie wütet und die Träger dieses Systems, die Bundesbahnbürokratie und die ernannte Personalvertretung anzuklagen.

Im Frühjahr 1934 und nach dem Erlass des Gesetzes über den Berufsstand: "Öffentlicher Dienst" hat die Verwaltung versucht, einige ehemalige Freigewerkschafter zur Mitarbeit in den ernannten Personalvertretungen heranzuziehen. Die Freie Gewerkschaft hat vom ersten Augenblick an den Standpunkt vertreten und auch durchgesetzt: in einer ernannten und jederzeit abberufbaren, d. h. in Wirklichkeit völlig rechtlosen Personalvertretung darf kein Freigewerkschafter mitarbeiten. Diese Aktion ist so gut wie lückenlos gelungen: es gibt wohl nirgends so wenig "Überläufer" oder ehemalige Freigewerkschafter in Funktionen des Regimes wie bei den Bundesbahnen.

Die Organisation konnte, nachdem sie im Betriebe wieder Fuss gefasst hatte, von der blossen Anklage zu positiven Aktionen fortschreiten. So hat sie durch einen geglückten Vorstoss durch Veröffentlichung von Geheimberichten aus dem Staatsrat einen gefährlichen Angriff auf das Dienstrecht, die Besoldungsordnung und das Bundesbahngesetz abgewehrt. So hat die Organisation im Frühjahr 1936 einen Versuch unternommen, die Eisenbahner für den Kampf gegen die unerträglich angespannten Turnusse (Dienstpläne) zu aktivieren und unmittelbare Betriebsaktionen durchzu-

führen.

Die Eisenbahnerorganisation hat seit dem Februar 1934 den Kampf für die "Wirtschaftsamnestie", für die Wiedereinstellung der Gemassregelten, geführt. Diese Parole fand bei den im Betrieb Verbliebenen solchen Widerhall, dass die ernannten Personalvertreter diese Forderung aufgreifen mussten. Die Verwaltung wurde gezwungen, wenigstens den Frauen der meisten Gemassregelten die Witwenpension zuzugestehen.

Mit Rücksicht auf die Grenzen, die jetzt jeder Organisationsarbeit in der Diktatur gesetzt sind und im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse bei den Bundesbahnen, konnte die Eisenbahnerorganisation nur als Kaderorganisation geführt werden. Die Organisation hat sich vorweg nur auf die organisatorische Erfassung eines Teiles derer beschränkt, die wahrscheinlich bereit wären, der Organisation beizutreten. Auf der anderen Seite versucht die Organisation selbstverständlich, die Stimmung der breiten Eisenbahnermassen zu beeinflussen und sie mit den freigewerkschaftlichen Parolen zu erfassen.

- - -

Durchaus parallel mit der Eisenbahnerorganisation hat sich die Entwicklung der Strassenbahnerorganisation innerhalb des Verkehrsarbeiterverbandes vollzogen. Auch hier begann die Organisationsarbeit mit der Unterstützung der Februaropfer. Auch hier wurden Ende März die ersten Unterstützungen ausbezahlt. Dann begann überall die Herstellung von Verbindungen in den Betrieben und Bahnhöfen. Im Juni 1934 war die Unterstützungsfrage definitiv geregelt. Im Herbst 1934 haben die Strassenbahner die erste grössere Aktion versucht: als die Beiträge für die Winterhilfe abgezogen wurden, setzte im Herbst 1934 eine grosse Protestaktion ein, die zu massenhaften Versetzungen führte, die freilich wieder rückgängig gemacht werden mussten. Ebenso wie bei den Eisenbahnern wurde nun ein zäher Kleinkampf eröffnet, um den aktiven Widerstand der Strassenbahner gegen die Terrorherrschaft der "Kameradschaft", der Vaterländischen Front und der christlichen und heimwehlerischen Organisationen zu organisieren. Wiederholt ist es bei Vertrauensmännerkonferenzen gelungen, den Protest der Strassenbahner wirksam zum Ausdruck zu bringen. Der Kampf geht auch hier gegen die ununterbrochenen Verschlechterungen der Dienstverhältnisse, gegen die Kürzung der Nebengebühren, gegen die Anspannung der Turnusse, gegen die Verschlechterung der Dienst- und Ruhezeiten-Einteilung, gegen die Einstellung von Vertragsarbeitern in den Werkstätten, die im Stundenlohn stehen. Wie sehr die freigewerkschaftliche Organisationsarbeit bei der Strassenbahn den Machthabern des Regimes auf die Nerven geht, zeigt die Tatsache, dass jeden Augenblick polizeiliche Aktionen bei der Strassenbahn und besonders in der Hauptwerkstätte stattfinden. So hat es im Winter 1935 Massenverhaftungen im ganzen Strassenbahnbetrieb gegeben, so sind anlässlich der angeblichen Sammlungen für Spanien in der Hauptwerkstätte Verhaftungen in grösserer Zahl vorgenommen worden. Die Organisationsarbeit hat dadurch nicht gelitten.

Freigewerkschaftliche Organisationen gibt es auch bei den Provinzstrassenbahnen, wenn hier die Verhältnisse auch sehr schwer sind. In Linz wurde ein grosser Teil des Personals, das vor dem Februar angestellt gewesen ist, ausgewechselt. In Graz waren die Verhältnisse schon vor dem Februar nach dem vom Zaun gebrochenen Streik der Grazer Strassenbahner sehr ungünstig. In Klagenfurt und Salzburg bestehen ebenfalls Verbindungen. Bei den Provinzstrassenbahnen gibt es immer Stundenlöhner, die ohne fixes Gehalt nur für Stunden eingestellt werden.

Die Freie Gewerkschaft hat auf dem Gebiet der Wiedereinstellung der Gemassregelten einen wichtigen Erfolg erzielt: durch Gerichtsurteil mussten mehr als 60 gemassregelte Strassenbahner wieder in den Betrieb eingestellt werden.

- - -

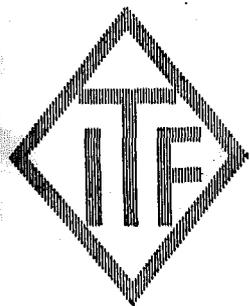
Die Handelsarbeiter-Organisation hat schon im Frühjahr 1934 ihre Arbeit wieder aufgenommen. Es bestehen heute nicht nur in Wien, sondern auch in der Provinz organisatorische Verbindungen, ebenso zu den Speditiionsarbeitern, die durch die Krise und Schrumpfung ihrer Branche sehr gelitten haben. Die Organisation bei den Chauffeuren wird durch das grenzenlose Elend in ihrem Berufe und durch die unerhörte Ausbeutung erleichtert. Es ist keine Übertreibung, wenn man feststellt, dass die Chauffeure heute zu den am meisten ausgebeuteten Arbeiterschichten gehören. Die freie Organisation hat in der Provinz viele organisatorische Verbindungen zu den Gemeindearbeitern. In den Provinzgemeinden hat der Abbau bei den Gemeindearbeitern besonders arg gewütet; ein grosser Teil der von den sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen eingestellten und beschäftigten Arbeitern wurde entlassen. Trotzdem ist es gelungen, in den meisten Städten Verbindungen mit den Gemeindearbeitern aufzunehmen.



FASCHISMUS

ORGAN DER INTERNATIONALEN TRANSPORTARBEITER-FÖDERATION

ERSCHEINT ALLE 14 TAGE IN DEUTSCH, FRANZÖSISCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, SPANISCH, HOLLÄNDISCH UND AUSZUGSWEISE AUCH IN ESPERANTO. DER BEZUGSPREIS BETRÄGT HFL. 4.- JÄHRLICH (FÜR MITGLIEDER DER DER I.T.F. ANGESCHLOSSENEN VERBÄNDE, UND FÜR ARBEITERORGANISATIONEN HFL. 2.-). BESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN. VON BELSTRAT 61, AMSTERDAM, WEST.



SONDERNUMMER

Italien unterstützt die spanischen Rebellen

(I.T.F.) Die nachstehenden Angaben entstammen einem ausführlichen Bericht vom 24. Dezember, den die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) aus Italien erhielt:

Seit dem stürmischen und verschämten Transport der von der Römischen Regierung am 6. und 7. Dezember an die spanischen Rebellen geschickten Truppen -- die auf dem Wege zum Bahnhof durch die Stadt zogen, vollständig ausgerüstet, bewaffnet, durch Maulesel begleitet und in Reih und Glied gestellt unter dem Kommando ihrer eigenen Offiziere -- wurde der Truppentransport vermindert, zumindest auf weniger aufsehenerregende Weise vollzogen. In den letzten Tagen nahmen die Truppentransporte jedoch in bedeutender Masse zu.

Aus der Provinz Neapel erfuhren wir, dass nicht nur die Stadt Neapel, sondern auch andere benachbarten Orte voll Milizionäre sind, die auf ihre Verschiffung nach Spanien warten. Infolge der regelmässigen aus Neapel nach Ostafrika gehenden Truppentransporte, werden diese Milizionäre fast nicht bemerkt.

Aus Ligurien gehen unaufhörlich grosse Kontingente Soldaten, Waffen und alle Art Material ab. Die ungewöhnliche Konzentration von spanischen Passagierschiffen im Hafen von Genua übt einen gewissen Einfluss auf den normalen Verkehr und gibt Anlass zu Vermutungen, dass man dort Vorbereitungen zur Verschiffung von grosser Anzahl Truppen trifft. Ligurische Seeleute teilen uns mit, dass es ihnen gelungen ist zu erfahren, dass das Verschiffen der Truppen auf folgende Weise geschieht: spanische Passagierschiffe werden als italienische Schiffe getarnt und mit Namen italienischer Schiffe derselben Typen versehen. Auf diese Weise kann der Truppentransport ungehindert stattfinden. Wenn etwas geschieht, kann immer darauf hingewiesen werden, dass es sich um einen Irrtum handelt, da doch das italienische Schiff dieses Namens irgendwo anders verweilt. Dieser Trick kann jedenfalls leicht entlarvt werden, da diese getarnten Schiffe, im Gegensatz zu den italienischen, immer noch schwarz-gelb-schwarze Bänder an den Schornsteinen tragen, während die Brücken gelb gestrichen sind. Uns ist Mitteilung gemacht worden, von der

Tarnung dreier Schiffe, die zum Transport von Truppen und Waffen verwendet werden und Namen SS. "Iscarco", "Tripolis" und "Delila" tragen, Namen, die schon Schiffen gehören, die auf anderen Linien fahren.

Am 17. Dezember um 6 Uhr abends, ist nach offizieller Mitteilung eine neue Postlinie Genua-Gibraltar-Sevilla eröffnet worden, die vom Passagierschiff Franca-Fassio der Reederei Vilain und Fassio befahren wird. Das Schiff fuhr zwei Stunden später ab als angegeben wurde, da man auf eine besondere geheime Ladung wartete. Diese kam ~~am~~ letzten Augenblick an und bestand aus 6 durch Kette aneinander verbundene Tonnen, zwei Karabinieri hielten beide Enden der Kette. Auf diese Weise werden immer besondere Geldsendungen eskortiert; übrigens steht es nach der Form und dem Gewicht der Tonnen, der Art der Beförderung, der getroffenen Vorsichtsmassnahmen beinahe fest, dass die faschistische Regierung den Rebellen Gold schickte.

Aus Spezia erhielten wir noch bedenklichere Berichte. Am 15. Dezember sind aus diesem Hafen 2.800 Mann abgegangen, militärisch ausgerüstet und begleitet von Offizieren. Sie waren in dieser Stadt zusammengezogen und in verschiedenen Kasernen untergebracht. Am 17. Dezember fuhr das Passagierschiff "Colombo" mit Truppen an Bord aus diesem Hafen aus.

Wir erfahren, dass der Hafen von Genua voll Soldaten und Material, die auf den Transport nach Spanien warten ist, und dass dort ein wahrer Belagerungszustand herrscht, da man jeden Augenblick einen Ausbruch erwartet. Marinesoldaten sind schleunigst unter Waffen gerufen worden. Es wird bestätigt, dass zahlreiche transatlantische Passagierschiffe im Hafen liegen und auf Massentransporte warten. Man sagt, dass bis heute elf Bataillone Schwarzhemden sowie das ganze 10. Artillerieregiment, das bereits an der Beschiessung von Madrid teilgenommen haben soll, aus Genua abgegangen sind.

Ein Offizier eines Unterseebootes in Vicenza ist mit einem Militärorden "für einen besonderen Auftrag in fremden Gewässern" dekoriert worden. Es soll sich um Torpedierung des spanischen Regierungsschiffes im Hafen von Cartagena gehandelt haben. Es wird uns auch mitgeteilt, dass die Beschiessung des Hafens von Port-Bou Werk der italienischen Truppen, die aus Sardinien kamen und unverzüglich in ihr Lager auf dieser Insel zurückgekehrt sind, gewesen sein soll.
